



Verleger: Rudolf Mosse & Co. Berlin, Unter den Linden 10. Druck: Rudolf Mosse & Co. Berlin, Unter den Linden 10. Preis: 1.50 Mark pro Woche.

Interaktion: Berlin, 22. April 1921. Die deutsche Regierung hat sich für die Entlassung der Kriegsgefangenen ausgesprochen.

Berliner Tageblatt

Freitag, 22. April 1921
50. Jahrgang
Nr. 157 • Ausgabe A Nr. 93
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 152

Präsident Harding als Schiedsrichter angerufen. Telegramm der deutschen Regierung an Harding.

Berlin, 21. April. (Z. B. Z.)
Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:
Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten, trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes, an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der alliierten Mächte zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie sich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalte bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung als recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hermit ausdrücklich, seinen Gutachten nach zu verfahren. Ziel durchführung von allen Einzelheiten sowohl dem deutschen als auch dem alliierten Volk durch seine verantwortungsvolle Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Sie hegt die übereinstimmende Hoffnung, daß die alliierten Mächte dieser Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung der Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen führung des Friedens der Welt.

Der Kern des Reparationsproblems. Der Weg der Goldwertfälschung.

Don [Redaktion Berlin] |
Professor M. J. Bonn.
Der Kern des Reparationsproblems ist: Die können die Alliierten, insbesondere Frankreich, die großen, flüssigen Kapitalien erhalten, die sie Regelung ihres Budgets brauchen? Diese Kapitalien sind in dem nötigen Umfang in abtretungsfähiger Form in Deutschland heute nicht vorhanden, nachdem die Schiffe, Raub und das im feindlichen Ausland befindliche Eigentum verloren gegangen sind. Das verbleibende Gold der Reichsbank, die übrigen fremden Effekten und die Guthaben im Ausland würden den Ansprüchen nicht entzogen genügen können, selbst wenn sie alle greifbar wären. Auch durch Veräußerung der Wertpapiere ist eine Kapitalübertragung von dem nötigen Umfang nicht zu bewerkstelligen. Der Nominalwert der deutschen geschäftlichen Unternehmungen in Gold hat vor dem Kriege etwa 20 Milliarden Mark Gold betragen. Die Abtretung eines Drittels würde also, selbst wenn man alle sonstigen Bedenken fallen ließe, nicht übermäßig große Summen ergeben, zumal es sich ja heute um allertingste aufgebährte Wertpapiere handelt. Die Verwertung dieser Wertpapiere würde überdies voraussichtlich zu ihrer Verflechtung führen. Die alliierten Regierungen würden die übernommenen Anteile ihren Interessenten anbieten, die sie bei dem heute herrschenden Mangel an flüssigen anlageverwendenden Geld und bei der Abwesenheit der Konturen sehr billig verkaufen würden. Es wäre sehr schwer, einen Grund auf dem Effektenmarkt zu vermeiden. Die Verwertung würde aus diesem Grunde sehr langsam vor sich gehen. Ein großer Teil der in England liquidierten deutschen Wertpapiere ist infolge solcher Erwägungen bis heute nicht verkauft worden. Der Fall würde ähnlich liegen wie bei der Abtretung der deutschen Schiffe, die mit 1000 Goldmark bewertet war, nur etwa 200 Goldmark erbrachte hat.
Daher hat der Friedensvertrag von Anfang an Jahreszahlungen vorgezogen, die kapitalisiert werden sollten. Der Kapitalwert dieser Jahreszahlungen sollte in Form von Obligationen von den Geldmärkten aufgenommen und dabei internationalisiert werden. Die Auslegung einer großen internationalen Anleihe ist aber heute mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verknüpft. Wegen herrschender Kapitalmangel, selbst die amerikanische Regierung muß für kurzfristige steuerfreie Schuldwechsel 5% Zinsen bezahlen. Dabei ist der Markt für eine derartige internationale Anleihe, selbst wenn man auf die Forderung der Steuerfreiheit verzichtet, beschränkt. Länder wie England, deren Währung heute noch unterwertig ist, aber bald die Parität zu erreichen hoffen, werden sie nicht wünschen, denn es hat wenig Zweck, den 1000-Dollar-Bond mit 70 Pfund Sterling zu bezahlen, wenn man damit rechnen, daß er binnen kurzem nur noch 20 Pfund Sterling kostet wird. Als Markt kommt also eigentlich nur Amerika in Frage. Aber auch Amerika besitzt, abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten, nicht genügend Kapital, um die Summen, die nötig sind, zu entsprechenden Zinsfuß vorzuschaffen.
Der hohe Zinsfuß bedeutet aber, daß einer Jahreszahlung von bestimmter Höhe nur ein verhältnismäßig kleines Kapital entspricht. Unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von 8 Prozent haben die 226 Milliarden, die Deutschland nach den Pariser Beschlüssen zahlen soll, nur einen Kapitalwert von etwa 50 Milliarden, bei einem Zinsfuß von 6 Prozent aber einen solchen von etwa 72 Milliarden. Infolge des hohen Zinsfußes hat also jede deutsche jährliche Zahlung nur einen unverschämlich geringen Gegenwert. Bei fallendem Zinsfuß würde dieser Kapitalwert ohne Mehrleistung aus Deutschland steigen. Da es den Alliierten vor allem auf den Kapitalwert ankommt, so heißt das, daß die Leistungen, die Deutschland aufzubringen hat, mit der Höhe des Zinsfußes wachsen. Diese Erwägung vor allem hat zu dem Gedanken geführt, Deutschland solle in die Amerikaland der Alliierten eintreten. Da dies Schuld nur mit 4% Prozent verzinslich ist, würde die deutsche Leistung nur 10 Milliarden, während die Bezahlung der Summe zu dem herrschenden Zinsfuß mindestens 82 Milliarden in Anspruch nehmen würde.
Je höher der Zinsfuß ist, desto höher muß also die Zinsleistung sein, desto mehr Waren und Arbeitsleistungen müßten von Deutschland abgehört werden; desto höher wird also die deutsche Konturrenz auf fremden Märkten, desto geringer die Kaufkraft Deutschlands und die Bedeutung Deutschlands als Absatzmarkt für fremde Waren. Denn Deutschland kann wohl einen kleinen Teil der Schuld durch einmalige Kapital-

man hat in Deutschland nach den bisherigen Reden und Taten des Präsidenten Harding den Eindruck gewinnen können, daß er zu seine Regierung die große Sache des Friedens und der Weltfriedens hat die Seite ihrer Ermagungen stellen. Beispielsweise hat die Rede, die der Präsident Harding am 19. April bei der Entfaltung eines Dekretes für den Staatsmann Simon Bolivar gehalten hat, diesen Eindruck verstärkt. Es hat dem amerikanischen Volk dort gefügt, daß es nicht mehr halten, denn die Entschädigung der zivilisierten Ereignisse in englische Beziehungen von der Alten Welt gebracht. Amerika mußte es als seine Aufgabe betrachten, alles das nicht mehr, daß die Welt wieder zu normalen Verhältnissen zurückgelangt. ... Wir geben uns gleichwohl feinen überschüssigen Optimismus hin. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die amerikanische Regierung sich zunächst mit einer Antrags- und ihre zehnjährigen Alliierten werden, und es ist sehr wahrscheinlich, daß Frankreich - wie seine Presse es schon in all diesen Tagen getan hat - eine Vermittlung bekämpfen und die Reparationskommission in Paris als die allein zuständige Instanz bezeichnen wird. Diese Widerstände sieht jeder voraus. Es bleibt die Hoffnung, daß die Flug und im nächsten verbleibenden Winter im Weißen Haus und im Senat zu Washington besprochen werden, ihr großes moralisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, damit die Weltfriedens endlich zur Ruhe und Ordnung gelangt.

Anfang Mai die neue Alliiertenkonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Paris, 21. April.
In verschiedenen, gewöhnlich durch informierten Kreisen wird angeführt, daß den inoffiziellen und rein privaten Besprechungen in Spaume, die lediglich einem Meinungsaustausch zwischen Lord Georges dienen sollen, in den ersten Tagen des Mai die bereits erwähnte Konferenz der Alliierten folgen werden. Diese Konferenz soll nach einer Information der „Revue Rouille“ entgegen früheren Vermutungen nicht in Paris, sondern in London abgehalten werden. Da der englische Premierminister wegen der inneren Verhältnisse sein Land nicht verlassen will. Von verschiedenen französischen Berichtserstellern in London wird behauptet, daß England in den letzten Tagen dem französischen Standpunkt sich wieder genähert hätte. Es sei sogar möglich, daß England, um seine Lebensversicherung mit Frankreich darzulegen, die vier Divisionen, die in Oberitalien waren und jetzt nach England zurückgeführt sind, dem Reich nach dem Hauptgebiet antreten lasse. Diese letzte Meldung läßt sich der „Revue Rouille“ aus London übermitteln und dürfte wohl mit einigen Vorbehalten aufzunehmen sein.

Wie die deutsche Regierung befrachten müßte, daß jeder Versuch von den Vertretern des französischen Imperialismus sofort discreditiert und zum Scheitern gebracht werden würde, hat sie an den Präsidenten Harding appelliert. Es hat es in einer Form getan, die jeden Anzweifeln schließen muß, der Welt die volle Aufrichtigkeit und den vollkommenen Entschluß beweist, frei von allen diplomatischen Schwächen und Anfechtungen und in ihrer Klarheit ein Dokument voll berechtigter Gerechtigkeit ist. Wir verneinen nicht die Bedenken, die ein solcher Schritt in Deutschland erregen kann. Vielleicht hätte dort, wo in dem Telegramm der Präsident um eingehende Prüfung und Untersuchung gebeten wird, ein Hinweis von der deutschen Vollständigkeit gefügt werden können, aber vielleicht auch hätte man das wieder falsch ausgelegt. Wenn die deutsche Regierung den Präsidenten Harding als Schiedsrichter anrief, so war es richtig, das in der einwandfreien Form, die jede Verächtlichkeit und jede Verachtung unmöglich macht, zu tun. Mit Gehörten und Verhältnissen hätte man ganz gewiss nichts erreicht.
Das Telegramm an den Präsidenten Harding ist der höchste Beweis des Vertrauens, den jemals eine Nation dem Oberhaupt einer anderen Nation bezeugt hat. Amerika hat im Kriege der Verbündeten der Staaten, die jetzt Deutschland bedrängen, und man weiß in Deutschland, daß der Abschluss der Harding den ehemaligen Alliierten, trotz der Ablehnung des Versäuerungsvertrages, eine starke Sympathie bewahrt. Aber

Paris, 21. April.
„Handelsblatt“ meldet aus Paris: Es wird erwartet, daß in Spaume über die Beschlüsse gesprochen wird. Falls das Anhaltgebiet Polen zugewiesen wird, dürfte die Folge sein, daß die Alliierten von Polen verlangen, daß es den Teil der deutschen Lebensversicherungsgesellschaft übernimmt, der auf Österreichien entfallen würde. Man meint in Paris, daß es billig sei, daß Deutschland, wenn es 50 Millionen Zinsen seiner jährlichen Kohlenproduktion verliere, entsprechend geringere Leistungen an die Alliierten aufzulegen würde. (Siehe auch Seite 4.)